

GUTER START INS ERWACHSENENLEBEN: BEZAHLBARKEIT UND PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE GENERATIONEN

Fraktionsvorstandsbeschluss vom 19. Januar 2026

Für viele junge Menschen fühlt sich der Start ins Erwachsenenleben wie ein Hindernisparcours an: hohe Mieten, steigende Lebenshaltungskosten, unsichere Jobs und die Frage, wie man Ausbildung, Studium oder Familienplanung überhaupt finanzieren und organisieren soll. Und das alles in einer Lebensphase, in der man voller Energie ins eigene Leben starten, sich ausprobieren, die Welt entdecken, Freundschaften fürs Leben schließen oder einfach das Leben genießen möchte.

Azubis arbeiten Vollzeit, können sich aber oft nicht mal ein WG-Zimmer leisten. Studierende stehen vor Lebenshaltungskosten, die staatliche Unterstützung übersteigen. Wenn Berufseinsteiger*innen Beschäftigung finden, dann jedoch zunehmend ohne Stabilität: Befristete Verträge und hohe Mieten erschweren den Aufbau eines eigenständigen Lebens. Junge Familien wiederum stehen vor der Aufgabe, Wohnen, Kinderbetreuung, Mobilität und Familienalltag zu organisieren und das in einer Lebensphase, in der das Einkommen häufig noch begrenzt ist.

Diese Probleme sind keine Frage individueller Leistung, sondern struktureller Rahmenbedingungen. Die jüngsten Generationen sind in besonderem Maße von Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen geprägt. Wir setzen auf Chancengleichheit und ein respektvolles Miteinander in einer Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Identität gleichberechtigt den eigenen Lebensweg gestalten kann. In den letzten Jahren sind Preise für Wohnen, Energie, Lebensmittel und Mobilität deutlich schneller gestiegen als Einkommen, Ausbildungsvergütungen oder staatliche Unterstützung. Selbst mit mehr Leistung wäre also für viele gar nicht zu erreichen, was für Generationen davor selbstverständlich war. Gerade in dieser entscheidenden Lebensphase stellen sich junge Menschen grundlegende Fragen: Kann ich mir Ausbildung oder Studium leisten? Schaffe ich den Schritt in ein eigenständiges Leben? Lohnt sich der Berufseinstieg in einer Stadt, in der bezahlbarer Wohnraum fehlt? Kann ich eine Familie gründen, ohne dauerhaft finanziell überfordert zu sein?

Bereits im September 2025 haben wir einen „Pakt für bezahlbares Leben“ vorgelegt. Die folgenden Maßnahmen bauen darauf auf und richten sich gezielt an junge Menschen, da sie derzeit überproportional von den aktuellen Unsicherheiten betroffen sind. Bezahlbares Wohnen, faire Einkommen, verlässliche Mobilität und stabile Lebenshaltungskosten sind entscheidend, damit junge Menschen Ausbildung, Studium, Familie und gesellschaftliche Teilhabe realistisch gestalten können.



(1) Home statt Office – Wohnraum für junge Menschen schaffen

Azubis, Studierende, Berufseinsteiger*innen und junge Familien finden in Städten wie auf dem Land kaum noch passende und bezahlbare Wohnungen. Hohe Mieten, zu kleine Wohnungen und fehlende Alternativen sorgen dafür, dass zentrale Lebensentscheidungen verschoben oder ganz aufgegeben werden.

Umnutzung von Büro- und Gewerbeflächen

- **Leerstehende oder nur teilweise genutzte Gebäude** wie Büroflächen, leerstehende Einzelhandelsimmobilien, ehemalige Kaufhäuser oder Gewerbeflächen, aber auch große Einfamilienhäuser, bieten ein riesiges Potenzial, das es zu heben gilt.
- Dafür braucht es eine **Entbürokratisierung für die Umnutzung im Bestand** und eine Entschlackung des Bauplanungsrechts.
- **Bestehende Förderprogramme** sollten entsprechend angepasst werden, damit Umnutzung und Umbau besser finanziert werden können.
- Kommunen brauchen endlich mehr Möglichkeiten im Baugesetzbuch, um **gegen langandauernde Leerstände von Gewerbeimmobilien vorgehen** zu können.

Mieter*innenschutz verbessern und bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Es braucht endlich eine echte **Mietpreisbremse**, und eine Absenkung der Kappungsgrenze auf 9 Prozent in angespannten Wohnungsmärkten.
- Der sogenannte Wucher-Paragraph sowie Eigenbedarfskündigungen müssen nachgeschärft und der Betrachtungszeitraum für Mietspiegel auf 20 Jahre ausgeweitet werden.
- In angespannten Wohnungsmärkten sollen Bundesländer und Kommunen die Möglichkeit erhalten, für fünf Jahre steigende Mieten bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen zu verhindern, etwa durch eine Begrenzung auf die ortsübliche Vergleichsmiete (regionale **Mietenstopps**).
- Das **Förderprogramm Junges Wohnen** muss ausgeweitet und finanziell abgesichert werden und der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau braucht Vorfahrt.

(2) Ausbildung, Studium & erstes Einkommen – Sicherheit und Chancengleichheit für jungen Menschen

Der Start in den Beruf und das eigene Leben darf nicht davon abhängen, wie viel Geld die Eltern haben. Doch für viele junge Menschen entscheiden heute finanzielle Hürden darüber, welchen Weg sie einschlagen, wo sie wohnen können und ob echte Teilhabe möglich ist. Wer Chancengleichheit ernst meint, muss jungen Menschen den Rücken freihalten und verlässliche Unterstützung für einen selbstbestimmten Start ins Leben ermöglichen.





Existenzsichernde Ausbildungs- und Studienfinanzierung

- Der **BAföG Grundbedarf** muss auf **mindestens 563 Euro monatlich** (Bürgergeld-Niveau) steigen und fortlaufend an Inflation, Lebenshaltungskosten und Mietentwicklung angepasst werden. Das gilt auch für das Schüler*innen-BAföG und die Berufsausbildungsbeihilfe.
- Die **Wohnkostenpauschale** im BAföG muss dynamisch an regionale Mietpreise gekoppelt werden, damit nicht der Geldbeutel über die Wahl eines Studienorts entscheidet.

Faire Bedingungen in der Ausbildung

- Die Mindestausbildungsvergütung sollte auf 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen erhöht werden. Das würde Auszubildenden im ersten Lehrjahr knapp 200 Euro mehr bringen.
- Analog zur Studienstarthilfe braucht es eine Ausbildungsstarthilfe für finanziell benachteiligte Auszubildende. Schulgelder gehören in allen Ausbildungsberufen abgeschafft.

Faire Bezahlung ab dem ersten Job

- Der gesetzliche **Mindestlohn** gehört auf **15 Euro** angehoben.
- Pflichtpraktika, Werkstudent*innenstellen und Nebenjobs während Ausbildung und Studium müssen angemessen vergütet werden.

Marginalisierte junge Menschen besonders unterstützen

- Junge Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dafür braucht es eine Weiterentwicklung des **ausgrenzenden Werkstätzensystems in Richtung Inklusionsunternehmen**, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten und mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden.
- Kinder und Jugendliche, die in Pflegefamilien aufwachsen (sog. Careleaver) sind beim Übergang in ein selbständiges Leben strukturell benachteiligt, daher unterstützen wir die Einführung eines eigenständigen **Rechtsstatus „Leaving Care“**.

(3) Eigenständigkeit für junge Menschen - Bezahlbare und verlässliche Mobilität

Eigenständig mobil zu sein entscheidet für junge Menschen darüber, ob Ausbildung, Studium, Job, Freund*innen oder Freizeit überhaupt erreichbar sind. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land: Junge Menschen brauchen verlässliche, sichere und bezahlbare Mobilitätsangebote, um ihren Alltag selbstbestimmt organisieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.





ÖPNV für junge Menschen bezahlbar machen

- Das **Deutschlandticket muss wieder deutlich günstiger werden** und die kostenlose Mitnahme von Kindern und Jugendlichen ermöglichen.
- Das 9-Euro-Ticket war eine Verkehrs-Revolution in Deutschland und ein Gefühl der Befreiung, gerade für junge Menschen. Daran knüpfen wir an. Kurzfristig muss der Fokus besonders auf bundesweit vergünstigten Sozialtickets sowie Tickets für Kinder und Jugendliche, Studierende und Auszubildende liegen. Perspektivisch wollen wir beste Verkehrsinfrastruktur und ein günstiges Deutschlandticket für alle dauerhaft garantieren.

Mobilitätsgarantie einführen

- Einführung einer **Mobilitätsgarantie** durch den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, sodass in jeder Kommune vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden mindestens einmal pro Stunde ein verlässliches Bus- oder Bahnangebot besteht.
- Ergänzend dazu braucht es flexible, digitale Ruf- und Sammelangebote in den Abend- und Nachtstunden, insbesondere an Wochenenden.

Mobilität von Auszubildenden gezielt unterstützen

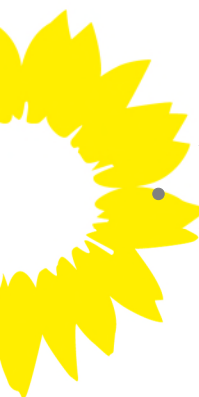
- Mit der Einführung eines **Mobilitätsbudgets für Auszubildende** (jeweils hälftig finanziert durch den Staat und den Arbeitgeber) stärken wir selbstständige Mobilität und die freie Wahl des Verkehrsmittels, egal ob Führerschein, Jobticket oder JobRad.

(4) Junge Familien stärken – Bildung, Betreuung und Teilhabe von Anfang an

Die Entscheidung für die Gründung oder Erweiterung einer Familie darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Kitas, Kindertagespflege und Ganztagsangebote ermöglichen Kindern gute Entwicklungschancen und Eltern, Familie, Beruf und Ausbildung miteinander zu vereinbaren. Eine starke und verlässliche Betreuungsinfrastruktur ist damit ein Gewinn für Familien und für die gesamte Gesellschaft.

Das Familienleben finanziell entlasten

- Gleichberechtigte Lebensentwürfe dürfen nicht länger benachteiligt werden. Steuerliche Hürden, die insbesondere verheiratete Frauen von einer **gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt** abhalten, müssen abgebaut werden. Dazu gehört eine Reform des Ehegattensplittings, die spürbare Verbesserung der Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten sowie perspektivisch ein Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen. Für Alleinerziehende soll der steuerliche Entlastungsbetrag zu einem Alleinerziehendengeld weiterentwickelt werden.
- Eine warme Mahlzeit am Tag darf kein Luxus sein. Es braucht endlich eine flächendeckende **Einführung eines kostenfreien und gesunden Mittagessens in Kitas**





und Schulen. Bund und Länder müssen den Rechtsrahmen schaffen und dafür sorgen, dass die Kommunen keine zusätzlichen Kosten tragen müssen.

Qualität und Ganztagsbetreuung verlässlich garantieren

- Der **Rechtsanspruch auf ein Ganztagsangebot** für Grundschulkinder, der ab dem 1. August 2026 gilt, muss in der Praxis ankommen. Dafür sollte das **Investitionsprogramm Ganztagsausbau auf mindestens fünf Milliarden Euro** erhöht und ab 2030 durch den Bund mindestens zwei Milliarden Euro jährlich für die Beteiligung an den Betriebskosten bereitgestellt werden.
- Der Weg des **Kita-Qualitätsgesetzes** muss konsequent fortgesetzt werden. Bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege gehören gesetzlich verankert. Investitionen in Infrastruktur und Qualität müssen dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

(5) Sozialsystem – Vertrauen und Sicherheit für die junge Generation

Junge Menschen tragen unseren Sozialstaat maßgeblich mit. Wer mit dem ersten eigenen Einkommen in Renten-, Pflege- und Krankenversicherung einzahlt, muss darauf vertrauen können, dass dieses System auch in Zukunft trägt. Leere Ankündigungen und aufgeschobene Entscheidungen haben das Vertrauen der jungen Generation massiv beschädigt. Die Bundesregierung muss daraus Konsequenzen ziehen und endlich handeln.

Renten-, Pflege- und Krankenversicherung stabil gestalten

- Die nächste **Rentenreform** muss die Perspektiven der jungen Menschen in den Mittelpunkt stellen und langfristig eine verlässliche und auskömmliche Altersabsicherung garantieren.
- Die kommende **Reform der Pflegeversicherung** muss ihre finanzielle Tragfähigkeit und eine gute Versorgung auch in Zukunft sicherstellen. Junge Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, müssen entlastet werden.
- Eine entschlossene **Reform des Gesundheitssystems** ist überfällig. Sie muss die Krankenkassen nachhaltig stabilisieren, die Kosten fair verteilen und die Versorgung verbessern. Jede und jeder soll unabhängig vom Einkommen schnell und gut behandelt werden.





(6) Leben soll auch Spaß machen – Kultur und Freiräume für junge Menschen

Wer jungen Menschen Perspektiven geben will, muss ihnen Räume, Zeit und Möglichkeiten zur Entfaltung eröffnen. Kultur und Freiräume dürfen dabei keine Frage des Geldbeutels sein. Eine jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Bedürfnisse junger Menschen ernst und schafft verlässliche Strukturen für Begegnung, Kreativität und Lebensfreude.

Kultur zugänglich machen und Freiräume erhalten

- Das erste Festival oder das erste Konzert sind prägende Erlebnisse für junge Menschen und dürfen nicht nur denen vorbehalten sein, die es sich leisten können. Der **Kulturpass**, der die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Freizeitangeboten finanziell unterstützt, muss daher wieder eingeführt werden.
- Frei zugängliche und selbstbestimmt nutzbare Räume für junge Menschen, wie **offene Jugendclubs, Jugendzentren** und niedrigschwellige Treffpunkte müssen gezielt durch den Bund gefördert werden.
- Clubs sind nicht nur Orte des Feierns, sondern auch der Kreativität und der kulturellen Identität junger Menschen. Der Bund sollte daher Maßnahmen unterstützen, um das **Clubsterben** zu **stoppen**. Unabhängige, kreative Orte und Projekte, die jungen Menschen Raum für Ausdruck, Begegnung und kulturelle Identität bieten, sollten verlässlich gefördert werden.

(7) Generationengerechtigkeit in den Fokus rücken – Die Anliegen der jungen Generationen sichtbar machen

Politische Entscheidungen wirken oft über Jahrzehnte und prägen die Lebensverhältnisse ganzer Generationen. Um Generationenungerechtigkeit sichtbar zu machen und ihr gezielt entgegenzuwirken, braucht es mehr Transparenz und verbindliche Prüfmechanismen in der Gesetzgebung. Die Stimmen der jungen Generationen müssen gehört und in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Generationenungerechtigkeit sichtbar machen

- Durch die Einführung eines regelmäßigen „Berichts zu Lebensstandard und Teilhabe nach Geburtsjahrgängen“, der alle fünf Jahre wissenschaftlich erarbeitet und veröffentlicht wird, schaffen wir eine Darstellung der Entwicklung von Einkommen, Vermögen, Wohnkostenbelastung sowie Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Teilhabechancen über die Lebensverläufe verschiedener Generationen.

Jugend-Check zu einem Generationencheck weiterentwickeln

- Der bestehende Jugend-Check soll zudem zu einem umfassenden Generationencheck für Gesetze ausgebaut werden, damit neue Gesetze dahingehend überprüft werden, ob sie Generationenungerechtigkeit verschärfen oder abbauen.





Mehr Beteiligung durch ein Jugendforum ermöglichen

- Kinder und Jugendliche sind in unserer Gesellschaft eine Minderheit und zugleich diejenigen, auf deren Schultern die Zukunft unseres Landes lastet. Gerade deshalb dürfen Entscheidungen über morgen nicht ohne die Stimmen derer getroffen werden, die am längsten mit ihren Folgen leben werden.
- Um die Perspektiven junger Menschen noch stärker in unsere politische Arbeit einzubeziehen, berufen wir in diesem Jahr erstmals ein Jugendforum ein. Damit institutionalisieren wir den Austausch mit jungen Menschen und stellen sicher, dass politische Entscheidungen, die sie direkt betreffen, auf direktem Dialog statt auf Zuschreibungen beruhen.

